



Am Bahnhof von Bad Kleinen wurde am 27. Juni 1993 das RAF-Mitglied Birgit Hogefeld verhaftet, Wolfgang Grams und der Polizist Michael Newrzella wurden tödlich verletzt. Foto: dpa/Büttner

»Kopfschuss – das war kein Selbstmord, das war Mord!«, sang die Punkband WIZO Mitte der 90er Jahre: Vor 20 Jahren erlitt das RAF-Mitglied Wolfgang Grams im mecklenburgischen Bad Kleinen einen tödlichen Kopfschuss. Die offizielle Version vom Suizid wird bis heute bezweifelt.

und die Gewalt der Nachwendezeit

Glauben Sie's oder nicht ...

Kontinuität als Wesen staatlichen Handelns

Schwerin, 13. Januar 1994. Die Staatsanwaltschaft teilt mit, dass das Ermittlungsverfahren gegen die GSG-9-Beamten »Nr. 6« und »Nr. 8« eingestellt wird, weil »keine Anhaltspunkte bestehen, dass Grams von einem Polizeibeamten rechtswidrig getötet oder verletzt worden ist«. Als der Leitende Oberstaatsanwalt Schwarz in ungläubige Journalistenaugen schaut, sagt er: »Es ist wirklich nichts mehr drin in der Sache – glauben Sie's oder glauben Sie's nicht.«

Wenn man derzeit zu den vom »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) verübten Morden und Anschlägen sowie möglichen Verstrickungen staatlicher Stellen in das Nazi-Terrornetzwerk recherchiert, begegnen einem wieder Damen und Herren, die entweder alternativlose Erklärungen anbieten oder schlichtweg leugnen, was ihnen nicht passt. Dabei vergehen sie sich durchaus auch an Grundlagen der Logik oder Gesetzen der Physik.

Sie können sich kurioserweise auf das stützen, was zum wichtigsten Arbeitsmaterial der Öffentlichkeit gehört – auf Informationen. Dank moderner Medien und dank des kommerziellen Wettbewerbs um Auflagen und Quoten werden Nachrichten schleusen geöffnet und die Öffentlichkeit mit wirklichen und davon kaum zu unterscheidenden Scheinwahrheiten überschwemmt. Mit dem Ergebnis massenhafter Ignoranz und gesellschaftlicher Demenz gegenüber staatlichem Handeln.

Nehmen wir das Beispiel V-Leute. Derzeit herrscht großes Erstaunen darüber, mit welchen Typen sich Behörden einlassen. Man alimentiert Verbrecher, macht sich von ihnen abhängig. Was hatte man vor 20 Jahren nicht alles versprochen, als die Rolle des V-Mannes Klaus Steinmetz klar wurde, dem es gelungen war, ins Umfeld der RAF-Führungsebene zu gelangen, und der in Bad Kleinen ebenfalls zunächst verhaftet wurde. Erst als der öffentliche Druck aufgrund der seltsamen Umstände des Einsatzes zu groß wurde, offenbarten die Behörden, dass er V-Mann war.

Was hat sich geändert? Mit Sicherheit nicht das Verantwortungsbewusstsein der Verantwortlichen für solche Zuträger. Noch krasser ist es, wenn von parlamentarischer Kontrolle der Geheimdienste die Rede ist. Immer wieder lassen sich Demokraten von dieser Fiktion betrogen.

Bevor der NSU-Bundestags-Untersuchungsausschuss mit einer Befragung beginnt, belehrt der Vorsitzende jeden Zeugen, dass auch eine uneidliche Falschaussage mit einer Haftstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren belegt werden kann. Grob überschlagen ließe sich nach der gut einjährigen Ausschussarbeit wohl ein ganzer Gefängnisstrakt füllen. Doch damals wie heute – nicht ein einziger der Staatsdiener musste oder muss auch nur die Sorge haben, von einem Richter in diese neue Lebenswelt überwiesen zu werden. *René Heilig*

Von Velten Schäfer

Der Vorfall auf dem Bahnhof von Bad Kleinen sorgte einst für große Nervosität in Bonn. Nach der desaströsen Polizeiaktion gegen die RAF drohte eine tiefe Vertrauenskrise. Heute ist die Affäre weitgehend vergessen – wie so viele Details aus den gewalttätigen Jahren nach der »friedlichen Revolution«.

Was und wie genau am 27. Juni 1993 auf dem Bahnhof von Bad Kleinen geschehen ist, wird sich nicht mehr feststellen lassen. Zu fragwürdig ist die Causa von Anfang an. Ausgerechnet von den entscheidenden Szenen der Polizeiaktion existierte keine Videoaufnahme, Spuren an Wänden wurden flugs übertüncht. Nicht einmal die Patronenhülsen waren offenbar gesichert worden nach einer generalstabmäßigen Aktion mit Dutzenden Beteiligten aus GSG 9, BKA und Polizeidiensten – und die Beamten wurden erst eine Woche später vernommen. Eine Zivilkammer des Bonner Landgerichts hat befunden, dass der Fall nicht mehr zu entscheiden sei.

Die Version, die sich am Ende durchsetzte, lautet wie folgt: Der

RAF-Militante Wolfgang Grams habe sich, nachdem er angeschossen auf die Bahngleise gestürzt sei, mit seiner Pistole – Typ Ceska, neun Millimeter – »selbst gerichtet«, wie sich die »Welt« einst ausdrückte. Gegenläufige Darstellungen, etwa der berühmten Kioskbesitzerin, die von der Erschießung eines Hilflösen berichtet hatte, wurden nach langen Ermittlungen »widerlegt«. Heute ist der Selbstmord kanonisiert. Der Autor Oliver Tolmein, der in »Konkret« von einer »Todesschwadron« geschrieben hatte, wurde wegen Beleidigung verklagt, der Journalist Hans Leyendecker, der im »Spiegel« zunächst den Selbstmord bezweifelt hatte, ließ sich vom Gegenteil überzeugen. Vor einigen Jahren hat er seine Berichterstattung als Fehler bezeichnet. Er habe sich damals verrannt, sagte er.

Bis sich diese Auffassung durchsetzte, verging 1993 allerdings einige Zeit, während der die Öffentlichkeit von einer Art Hinrichtung Grams' durch die Kame-

raden des tödlich getroffenen GSG-9-Beamten ausging. Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, der einige Jahre später mit seinem Versuch auffiel, die FDP in eine Stahlhelm-Partei zu verwandeln, hatte sich bei der Darstellung des Vorfalles mehrfach so krass widersprochen, dass die Bundesanwaltschaft ein Glaubwürdigkeitsproblem bekam.

Der Autor Oliver Tolmein, der in »Konkret« von einer »Todesschwadron« geschrieben hatte, wurde wegen Beleidigung verklagt.

Erstaunlicher ist im Nachhinein, dass der Kohl-Vertraute und Innenminister Rudolf Seiters (CDU) sogar noch vor dem Chefverfolger sein Amt verlor. Rückblickend scheint das etwas voreilig – doch zeitgenössisch war der Schritt wohl unumgänglich. Seiters sagte später, sein Rücktritt habe einer Entfremdung von Bürger und Staat vorbeugen sollen; die »Welt« schrieb noch zum 15. Jahrestag des Vorfalls, damals sei das »Vertrauen in den Rechtsstaat« nachhaltig beschädigt gewesen. Darüber hinaus galt die Sorge vor allem dem Ansehen im Ausland, wie schon bei den rassistischen Attentaten der Nachwendezeit.

Nur wer »Bad Kleinen« mit »Rostock«, mit »Solingen« und »Hoyerswerda« zusammendenkt, versteht die Nervosität, die vor 20 Jahren in Bonn vorherrschte und die Seiters sowie die damalige und heutige Justizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) nach Eigenauskunft tagelang kaum schlafen ließ: Ein Innenminister, der noch am Tag der Rostocker Brandstiftungen rund ein Jahr vor Bad Kleinen zu Konsequenzen gegen den »Asylmissbrauch« aufrief und ein oberster Strafverfolger, der standhaft den rechten Hintergrund des Solinger Anschlages in Abrede stellte, waren ohnehin bereits Futter für die »Viertes-Reich«-Karikaturen im Ausland. Nach der vermeintlichen Exzesstat des Staates in Bad Kleinen war auch innenpolitisch das Maß voll. Es stand nach der Aktion aus Regierungssicht nicht weniger im Raum als die Gefahr, dass sich Teile des Millionenpotenzials, das die Lichterketten und auch die Asylkampagne in den Monaten zuvor mobilisiert hatten, ernsthaft politisieren und vom Staat abwenden könnten.

Seiters und Stahls politisches Ende sollte das verhindern und ei-

nen Schlusstrich unter die Jahre der Gewalt nach der Wende signalisieren. Deutschland brauchte dringend »Normalität«. Dass sich die Bad-Kleinen-Geschichte im Nachhinein entkräften ließ, verschaffte Seiters Nachfolger beste Startbedingungen und Kohl seine letzte Regierungsperiode.

Nachdem sich der tiefe Abgrund, den Bad Kleinen zunächst eröffnete, als eine optische Täuschung hatte entlarven lassen, erschien Business as Usual als so herrlich »normal«. Eine mentalitätsgeschichtlich ganz ähnliche Funktion hatte drei Jahre später der Brandanschlag von Lübeck: Auch hier ging die Öffentlichkeit zunächst von einem rassistischen Angriff aus. Doch die Staatsanwälte klagten am Ende einen libanesischen Bewohner des Hauses an, der in zwei skandalösen Prozessen einen nur zweitklassigen Freispruch erhielt. Die eigentlichen Täter sind bis heute nicht ermittelt – und der Vorfall ist, wie der in Bad Kleinen, weitgehend vergessen im coolen Deutschland der Jetztzeit, das sich nach einer wohl halbwegs zuverlässigen BBC-Umfrage zum weltweit angesehensten Staat gemauert hat.

Welche Rolle spielte Bad Kleinen für die radikale Linke?

Der Tod von Wolfgang Grams beschäftigte auch antifaschistische Gruppen – um aus der Geschichte zu lernen

Franziska Larsz, 36 Jahre alt, ist aktiv in der Antifaschistischen Linken International aus Göttingen, die 2004 aus der Autonomen Antifa [M] hervorgegangen ist. Sven Gerner sprach mit ihr über die Bedeutung von Bad Kleinen – von 1993 bis heute.

● Was verbinden Sie mit dem 27. Juni 1993, dem Tag der Erschießung von Wolfgang Grams?

Gar nichts und zugleich alles. Ich war damals am Anfang meiner Politisierung in der Antifabewegung. Ich hatte keine persönlichen Bezüge zur RAF, zum antiimperialistischen Kampf oder gar zu Wolfgang Grams. Mich haben zu dieser Zeit am meisten die gerade beschlossene Abschaffung des Asylrechts und die Abwehr der Neonaziangriffe auf Flüchtlingsunterkünfte interessiert. Dennoch haben mich die Umstände der Erschießung von Wolfgang Grams stark geprägt. Ich war entsetzt – ungläubig und schließlich um so entschlossener: Wenn dieser Staat seine Gegner umbringt, bin ich eine Staatsfeindin.

● Die Autonome Antifa [M] hat unmittelbar nach den Ereignissen in Bad Kleinen zu einer Demonstration nach Wiesbaden aufgerufen. Warum haben sich Antifagruppen zusammen mit Tausenden Demonstranten solidarisch mit dem bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik erklärt?

Innerhalb der autonomen Antifabewegung stand die Organisationsfrage auf der Tagesordnung. Welches sollte die richtige Struktur sein, um auf die nationalistische Welle im wiedervereinigten Deutschland zu reagieren? Wie konnte ein Weg aus der Schwäche der Linken gefunden werden? Dafür wurde auch das Gespräch mit den Gefangenen aus der RAF gesucht, es gab Briefkontakte und Besuche in den Knästen. Innerhalb der gerade neu gegründeten bundesweiten Antifaorganisation AA/BO fanden Seminare zur Geschichte des bewaffneten Kampfes statt. Da war es nur naheliegend, sich an der Demo am 10. Juli 1993 in Wiesbaden mit einem eigenen Redebeitrag zu beteiligen.

● Im Jahr 2003 haben Sie die Initiative »10 Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams« ergriffen. Warum war Ihnen das wichtig, als die RAF längst Geschichte war?

Wir fühlen uns verantwortlich für die Geschichte und Weiterentwicklung der radikalen Linken. Diese Herausforderung haben wir 2003 gemeinsam mit anderen Gruppen aufgegriffen. Ziel war es – über die linke Öffentlichkeit hinaus – unsere Version der Geschichte zur Diskussion zu stellen. Das Stichwort Bad Kleinen sollte mit Kritik am staatlichen Vorgehen verbunden bleiben. Auch die Solidarität mit den politischen Gefangenen und Handlungsmöglichkeiten gegen die nach dem 11. September 2001 verschärften Sicherheitsgesetze befanden sich auf unserer Tagesordnung.

● Heute gibt es keine linke Initiative anlässlich des runden Todestags. Ist das nicht mehr nötig?

Selbstverständlich ist auch heute noch ein Erinnern nötig. Die Frage

ist nur: Wer nimmt sich dieser Geschichte an? Und welche Mittel haben wir zur Verfügung, um uns Gehör zu verschaffen? Die strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation »Rote Hilfe« hat gerade eine Ausgabe ihrer Zeitung mit dem Schwerpunkt Bad Kleinen veröffentlicht. Darin sind auch die Zeugenaussagen dokumentiert, die belegen, dass Wolfgang Grams bereits schwer verletzt und wehrlos im Gleisbett lag, als GSG9-Beamte ihn mit einem aufgesetzten Kopfschuss hinrichteten.

● Warum nehmen Sie und andere Linke sich heute, 20 Jahre später, dieser Geschichte nicht mehr an?

Als Antifagruppe ist es zugleich eine unserer Stärken und Schwächen, dass wir eine ewig junge Bewegung sind. Ein großer Teil unserer Aktivistinnen und Aktivisten war 1993 noch nicht einmal geboren. Für sie sind die bewaffneten Gruppen ein Kapitel im Schulgeschichtsbuch. Wir müssen also innerhalb unserer eigenen Strukturen immer wieder Erfahrungen

der radikalen Linken an nachfolgende Generationen weitervermitteln und so aus der Geschichte für die gegenwärtigen und zukünftigen Kämpfe lernen.

Die gesellschaftlichen Umstände, die Themen, Kommunikationsmittel und Kampfformen haben sich innerhalb der vergangenen 20 Jahre stark verändert – jüngere Generationen haben heute also ganz andere Voraussetzungen. Dennoch bleiben grundlegende Fragen bestehen: Wie wird die radikale Linke zu einer relevanten Kraft? Was bedeuten Emanzipation und Befreiung für das eigene Leben und im weltweiten Maßstab? Welche Voraussetzungen müssen überhaupt geschaffen werden, um die revolutionäre Initiative wiederzuerlangen? Wenn wir nach Nordafrika, Westasien, Griechenland oder aktuell nach Brasilien und in die Türkei blicken, leben wir doch diesbezüglich in einer spannenden Zeit: Die Rebellion findet statt! Nehmen wir sie in die Hand!